

	CDU/CSU	SPD	Bündnis90/Die Grünen	Die Linke	FDP
<p>1. Wie steht Ihre Partei zur Reduzierung der Arbeitszeit auf 39 Wochenstunden (analog der Tarifbeschäftigten) für Bundesbeamtinnen und -beamte?</p>	<p>Die Verlängerung der Arbeitszeit im Bund war seinerzeit für die Konsolidierung des Bundeshaushalts notwendig. Nachdem dieses Ziel erreicht ist, folgt nun der Stellenaufbau – auch, um die Beschäftigten zu entlasten. In der aktuellen Legislaturperiode ist allein der Personalhaushalt im Bundesinnenministerium um rund 13 000 Stellen angewachsen. Für den Zeitraum 2018 bis 2020 sind bereits weitere fast 4000 Stellen vorgesehen. Der Stellenaufwuchs wird jedoch nur zu einer Entlastung beitragen, wenn immer wieder Aufgaben, Strukturen und Abläufe auf Erforderlichkeit und Effizienz hin kritisch überprüft werden. Hierbei sind vor allem die Vorgesetzten gefragt. Zudem wurde das Pilotprojekt zur Einrichtung von Langzeitkonten bis 2020 verlängert und für alle Ressorts geöffnet, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie weiter zu verbessern. Ebenso wollen wir das betriebliche Gesundheitsmanagement weiter stärken und die Chance der Digitalisierung – wie beispielsweise Home-Office oder mobiles Ar-</p>	<p>Mit dem Beamtenstatus sind strukturell sowohl Vor- als auch Nachteile gegenüber dem Tarifbereich verbunden. Eine Absenkung der Arbeitszeit würde das Plus an neuen Stellen, das bereits verwirklicht wurde, wieder infrage stellen, wenn nicht ein noch höherer Stellenaufwuchs erfolgte. Dies träfe aber auf Grenzen der Ausbildungskapazitäten und einen angespannten Arbeitsmarkt bei der Gewinnung von Fachkräften.</p>	<p>Angesichts der zunehmenden gesundheitlichen Überlastung vieler Beschäftigter gehört auch die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit der BeamtInnen, wie sie derzeit in der AZV geregelt ist, auf den Prüfstand. Wir sehen dies als wichtigen Teil eines modernen Gesundheitsmanagements, das übermäßige Arbeitsbelastung und Überstunden vermeidet bzw. ausgleicht.</p>	<p>DIE LINKE tritt für den gesamten Öffentlichen Dienst für eine Senkung und Angleichung der wöchentlichen Arbeitszeit zwischen Beamten und Tarifbeschäftigten ein. Generell soll eine gesetzliche Wochenhöchststarbeitszeit von 40 Stunden gelten.</p>	<p>Eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit ist das falsche Signal für Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland. Vielmehr braucht es für Beschäftigte und Wirtschaft mehr Flexibilität bei der Arbeitszeit. Alles Weitere muss unter die Vertragsfreiheit der Tarifpartner fallen. Wir Freie Demokraten stehen deshalb vor allem für eine Vereinheitlichung des Arbeitszeitgesetzes. Arbeitsformen wie die Vertrauensarbeitszeit stellen die Aufgaben in den Vordergrund, nicht die Stunden, die man am Arbeitsplatz bringt. Deshalb wollen wir das Arbeitszeitgesetz flexibilisieren, indem die bisherige Grenze der täglichen Höchstarbeitszeit von acht beziehungsweise zehn Stunden, sowie in den nicht sicherheitsrelevanten Bereichen die elfstündige Ruhezeit aufgehoben wird. Stattdessen soll nur die wöchentliche Höchstarbeitszeit von max. 48 Stunden festgeschrieben sein, so wie es auch die Europäische Arbeitszeitrichtlinie vorsieht.</p> <p>Der öffentliche Dienst als Arbeitgeber sollte an dieser Stelle vorangehen und seinen</p>

	<p>beiten – nutzen, um die Arbeitsbedingungen weiter zu verbessern.</p> <p>Aktuell erscheint eine Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit verfrüht, da sie Stellenaufwuchs neutralisieren und somit nichts an der Arbeitsverdichtung ändern.</p>				<p>Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern offensiv Möglichkeiten zum Homeoffice ermöglichen, sofern keine dringenden betrieblichen Belange entgegenstehen.</p>
<p>2. Befürwortet Ihre Partei die Einführung einer Bürgerversicherung und im Gegenzug die Abschaffung der Beihilfe für Beamtinnen und Beamten?</p>	<p>Wir halten an der bewährten Grundstruktur unseres Krankenversicherungssystems inklusive der Beihilfe für Beamte fest. Die Einführung einer sogenannten Bürgerversicherung lehnen wir ab. Der Wettbewerb zwischen privaten und gesetzlichen Krankenversicherungen ist ein Motor für Verbesserungen und Innovationen.</p> <p>CDU und CSU lehnen die Konzepte zur sogenannten Bürgerversicherung ab. Wenn alle Bürger in eine einheitliche Zwangsversicherung einzahlen müssen, findet Wettbewerb nicht mehr statt. Die Bürgerversicherung führt außerdem nicht zur Entkoppelung von Arbeits- und Gesundheitskosten; steigen die Aufwendungen für die Gesundheit, steigen wie bisher auch die Arbeitskosten.</p>	<p>Wir wollen alle Bürgerinnen und Bürger auf die gleiche Weise versichern. Ziel ist die paritätische Bürgerversicherung. Paritätisch bedeutet: Arbeitgeber und Versicherte werden wieder den gleichen Anteil am gesamten Versicherungsbeitrag zahlen. Daher schaffen wir den einseitigen Zusatzbeitrag der Versicherten ab.</p> <p>Alle erstmalig und bislang gesetzlich Versicherten werden wir automatisch in die Bürgerversicherung aufnehmen. Dazu zählen auch Beamtinnen und Beamte, für die in der Bürgerversicherung ein beihilfefähiger Tarif geschaffen wird. Die öffentlichen Arbeitgeber können wählen, ob sie für gesetzlich versicherte Beamtinnen und Beamte einen Arbeitgeberbeitrag zahlen oder wie bisher über die Beihilfe einen Anteil der Behandlungskosten direkt übernehmen.</p>	<p>Beamtinnen und Beamte haben keine Freiheit bei der Wahl ihrer Krankenversicherung, die PKV ist für sie faktisch eine Zwangsversicherung. Die Beihilfe kann in der Bürgerversicherung nach unserer Auffassung bestehen bleiben. Die Beamtinnen und Beamten sollen aber selbst und ohne Nachteil für sie entscheiden können, wo sie sich versichern möchten. Wir werden einen beihilfefähigen Tarif in der gesetzlichen Krankenversicherung einführen und den Beihilfeträgern die Option einräumen, den Arbeitgeberbeitrag in der GKV zu übernehmen.</p>	<p>Wir wollen die bestehenden Systeme der Gesundheitsvorsorge in einer solidarischen Bürgerversicherung für alle zusammenführen. Wir haben die Neuregelung im Bundesbeamtenversorgungsgesetz abgelehnt, mit der die Koalition den freiwilligen Wechsel von Beamten in die Gesetzliche Krankenversicherung erschwert hat.</p>	<p>Wir Freie Demokraten stehen für Eigenverantwortung und Solidarität im Gesundheitssystem, in dem die Wahlfreiheit des Versicherten durch Kasenvielfalt gewährleistet ist. Einer als „Bürgerversicherung“ getarnten staatlichen Zwangskasse erteilen wir eine klare Absage. Staatlich organisierte und rationierte Zuteilungsmethoden führt langfristig zu einer drastischen Verschlechterung der Versorgung der Bevölkerung und verschärft die demografischen Probleme der gesetzlichen Krankenversicherung.</p> <p>Jede Bürgerin und jeder Bürger soll frei und unabhängig vom Einkommen wählen können, ob sie oder er sich für den Versicherungsschutz bei der gesetzlichen Krankenversicherung oder bei einem Anbieter der privaten Krankenversicherung entscheidet. Beide Krankenversicherungen</p>

	<p>Für die Herausforderungen der Krankenversicherung – nämlich die Sicherung einer guten medizinischen Versorgung und die Bewältigung der steigenden Kosten des medizinischen Fortschritts und einer alternden Gesellschaft – hat die Bürgerversicherung keine Lösung. Für steigende Ausgaben der Krankenversicherung bietet sie keine Abhilfe, sie erhöht lediglich die Beiträge und Belastungen. Diese Form der Versicherung wirkt wie eine Sondersteuer für kleine und mittlere Einkommen.</p>				<p>müssen zukunftsfest weiterentwickelt werden. In beiden Systemen gibt es Reformbedarf.</p>
<p>3. Wie sieht Ihre Partei die weitere Entwicklung des Renteneintrittsalters sowie des Renten-/Pensionsniveaus?</p>	<p>CDU und CSU bekräftigen die Rentenreform der Großen Koalition von 2007. Sie hat die Weichen für die Entwicklung des Renteneintrittsalters bis 67, des Rentenniveaus und der Rentenbeiträge bis zum Jahr 2030 umfassend und erfolgreich gestellt. Damit wurde auch die Generationengerechtigkeit verlässlich gesichert.</p> <p>Die Weiterentwicklung der Rente nach 2030 soll in einem partei- und fraktionsübergreifenden gesellschaftlichen Konsens unter Einbeziehung der Tarifpartner geregelt werden. Zu diesem Zweck setzen wir eine Rentenkommission ein, die bis Ende 2019 Vorschläge erarbeiten soll.</p>	<p>Zentrale Ziele unserer Alterssicherungspolitik sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> ☑ Sicherung des jahrzehntelang erarbeiteten und verdienten Lebensstandards im Rentenalter. Wir werden das weitere Absinken des Niveaus der gesetzlichen Rente stoppen und bis 2030 mindestens auf dem heutigen Niveau von 48 Prozent stabilisieren. ☑ Keine Anhebung der jetzigen Regelaltersgrenze. Wir werden dafür sorgen, dass die Regelaltersgrenze gesund und leistungsfähig erreicht werden kann. 	<p>Mit einer Bürgerversicherung in der Rente ließe sich eine starke positive Wirkung auf Rentenniveau und Beitragsatz erreichen. Sehr positive Effekte hätte es auch, wenn Frauen sich im Berufsleben genauso verwirklichen könnten wie Männer – auch auf die Absicherung von Frauen. Wir stehen zur Rente mit 67. Der Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand sollte aber flexibler werden, Menschen sollten selbst entscheiden können, wann sie in Rente gehen: Der Bezug einer Teilrente sollte bereits ab dem 60. Lebensjahr möglich sein.</p>	<p>Die Rente erst ab 67 muss abgeschafft werden – ohne Wenn und Aber. Jede und jeder muss wieder spätestens ab 65 Jahren</p> <p>abschlagsfrei in Rente gehen dürfen. Nach 40 Beitragsjahren wollen wir einen abschlagsfreien Einstieg in die Rente schaffen. Das</p> <p>soll bereits ab der Vollendung des 60. Lebensjahres möglich sein.</p> <p>DIE LINKE befürwortet die Rückkehr zu einem Rentenniveau von 53 Prozent.</p>	<p>Wir Freie Demokraten wollen einen flexiblen Übergang in den Ruhestand ermöglichen. Dazu wollen wir ein politisch festgelegtes Renteneintrittsalter und die Hinzuverdienstgrenzen abschaffen. Ob 63, 67 oder sogar 70 – starre Altersgrenzen für den Renteneintritt werden den verschiedenen Lebensentwürfen längst nicht mehr gerecht. Gerade der flexible Renteneintritt schafft den notwendigen Freiraum für die Vereinbarkeit von Familie und Arbeit. Viele Ältere sind heute länger fit und aktiv. Sie wollen ihre Erfahrungen weitergeben oder sogar nochmal etwas Neues ausprobieren. Andere wiederum können oder wollen im Alter nicht mehr arbeiten. Daher soll</p>

					<p>künftig die einfache Regel gelten: Ab 60 entscheidet jeder selbst, wann er in Rente geht. Wer früher in Rente geht, bekommt eine geringere, wer später geht, eine entsprechend höhere Rente. Voraussetzung für den früheren Renteneintritt ist nur, dass das Einkommen aus gesetzlicher Rente und sonstiger Altersvorsorge über dem Grundsicherungsniveau liegt – also das Existenzminimum abgesichert ist. In der Folge muss sichergestellt werden, dass die länger arbeitenden Älteren bei der Rentenbesteuerung nicht durch die Erhöhung des zu versteuernden Rentenanteils „bestraft“ werden. Die Grundlagen für die gesetzliche Rente müssen im Osten und Westen unseres Landes gleich sein.</p>
<p>4. Immer mehr Kolleginnen und Kollegen, insbesondere der unteren und mittleren Einkommensgruppen, kommen angesichts der hohen Mieten und</p>	<p>Ballungsräume haben für die dort lebenden Menschen nicht nur Nachteile. So sind die Verdienstmöglichkeiten für Partner oft besser und die Infrastruktur besonders attraktiv. Das Bundesverfassungsgericht hat festgestellt, dass keine Gerechtigkeitslücke zwischen Bundesbediensteten in und außerhalb von Ballungsräumen besteht. Es wird sorgfältig zu prüfen sein, ob es möglich ist, Dienstwohnungen in Ballungsräumen zu schaffen</p>	<p>Bis 1964 unterschied sich die Beamtenbesoldung regional durch den Ortszuschlag nach drei Ortsklassen. Dann entfiel zunächst die Ortsklasse B und 1973 die Ortsklasse A. Übrig blieb die höchste Ortsklasse S, deren Grundbetrag ab 1997 dem Grundgehalt zugeschlagen wurde, wozu seitdem der Familienzuschlag tritt. Das geltende Recht ist verfassungsgemäß, wie das Bundesverfassungsgericht 2007 entschieden hat. Dabei hat das Gericht</p>	<p>Eine amtsangemessene Alimentation darf hinter den tatsächlichen Lebenshaltungskosten nicht zurückbleiben. Der Gesetzgeber hat außerdem die Attraktivität des Beamtenverhältnisses für überdurchschnittlich qualifizierte Kräfte, das Ansehen des Amtes in den Augen der Gesellschaft, die vom Amtsinhaber geforderte Ausbildung und seine Beanspruchung zu berücksichtigen. Dabei ist die Situation in den Ballungsräu-</p>	<p>Hierzu hat DIE LINKE bislang keine Position entwickelt. Es muss aber darauf hingewiesen werden, dass von dieser Problematik alle</p> <p>Beschäftigten in Metropolregionen betroffen sind, insbesondere durch die zunehmende Spekulation und das sinkende Angebot an</p> <p>Mietwohnungen im unteren Preissegment. Ob sie nun dorthin versetzt wurden oder</p>	<p>Wir Freie Demokraten wollen einen starken, leistungsfähigen, modernen und schlanken öffentlichen Dienst. Dafür muss man die Beamtinnen und Beamten aber auch leistungsgerecht, angemessen und fair bezahlen. Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass der öffentlichen Dienst auch im Bereich der Besoldung wettbewerbsfähig ist und im Verhältnis zu anderen Branchen nicht ins Hintertreffen gerät. Wir verschlie-</p>

<p>Lebenshaltungskosten in den Ballungsräumen mit ihren Gehältern kaum noch über die Runden. Sollte die Bezahlung im öffentlichen Dienst speziell in Ballungsräumen verbessert werden?</p>	<p>oder zu anderen Erleichterungen, insbesondere für Auszubildende, Anwärter und junge Beschäftigte, zu kommen.</p>	<p>auch festgestellt, dass beträchtliche Schwierigkeiten bei der Ermittlung zwischenörtlicher Preis- und Kostenunterschiede bestehen und die vergleichsweise hohen Preise in bestimmten Ballungsräumen die dortige Lebensqualität widerspiegeln. Zu berücksichtigen ist weiterhin, dass eine höhere Besoldung in Ballungsräumen letztlich durch eine niedrigere Besoldung an sonstigen Dienstorten finanziert würde.</p>	<p>men ebenso zu berücksichtigen, wie die Situation in anderen Regionen.</p>	<p>keine andere Möglichkeit besitzen, eine</p> <p>Beschäftigung zu finden, spielt vom Ergebnis her keine Rolle. Es ist daher fraglich, ob eine solche Privilegierung der Beamten der</p> <p>Bundespolizei die notwendige Akzeptanz in der Bevölkerung und insbesondere bei Personen mit vergleichbaren oder niedrigeren</p> <p>Löhnen und Gehältern finden würde.</p>	<p>ßen uns deshalb nicht Gesprächen über die Rückkehr zu einer bundeseinheitlichen Besoldung und Versorgung. Nicht übersehen werden darf aber, dass Probleme einzelner Länder im Bereich des öffentlichen Dienstes auf die Haushaltslage insgesamt zurückgehen. Hier muss insgesamt vernünftig gewirtschaftet werden; Ausgaben für den öffentlichen Dienst dürfen dabei nicht als beliebig kürzbar angesehen werden.</p>
<p>5. Wie ist die Haltung Ihrer Partei gegenüber der diskutierten Abschaffung von Bargeld? Würden Sie eine Höchstbetragsgrenze bei Barzahlung befürworten und wenn ja, in welcher Höhe?</p>	<p>CDU und CSU bekennen sich klar zum Erhalt des Bargelds – sie ist gedruckte und geprägte Freiheit. Auch im Zeitalter der Digitalisierung bleibt das Bargeld ein wichtiges Zahlungsmittel.</p> <p>CDU und CSU lehnen eine Höchstbetragsgrenze bei Barzahlungen ab.</p>	<p>Die SPD spricht sich für die Beibehaltung des Bargelds aus und befürwortet die Einführung einer EU-weiten Obergrenze für Bargeldgeschäfte als ein Instrument zur Bekämpfung von Geldwäsche. Orientierungsgröße ist der von der EU-Kommission vorgeschlagene Wert von 5.000 Euro.</p>	<p>Eine Bargeldobergrenze lehnen wir ebenso ab wie eine Abschaffung des Bargelds. Derzeit und absehbar ist Bargeld unverzichtbar, denn es gibt für Verbraucherinnen und Verbraucher nur sehr eingeschränkte Möglichkeiten, sicher und anonym bargeldlose Transaktionen durchzuführen.</p>	<p>DIE LINKE sieht keine Notwendigkeit zur Abschaffung des Bargeldes. Im Gegenteil teilt sie die datenschutzrechtlichen Bedenken</p> <p>vieler, denn so würden auch Transaktionen kleinster Beträge nachvollziehbar. Eine ökonomische Privatsphäre wäre nicht mehr</p> <p>gewährleistet.</p> <p>Zur Frage einer Höchstbetragsgrenze befindet sich DIE</p>	<p>Wir Freie Demokraten setzen uns für die uneingeschränkte Nutzung von Bargeld als Zahlungsmittel ein. Bargeld ist ein Teil unserer Freiheit. Es ermöglicht uns zum Beispiel ohne staatliche Kontrolle und Überwachung Geld aufzubewahren, Geschäfte ohne Bankgebühren abzuschließen und erfüllt eine wertvolle Aufgabe bei der Erziehung unserer Kinder. Denn der Umgang mit Geld lernt sich am besten mit Scheinen und Münzen. Es gibt keinerlei Anhaltspunkte, dass durch ein Verbot oder die Einschränkung der Bargeldhaltung Terrorismus oder Kriminalität bekämpft werden</p>

				<p>LINKE in einem offenen Diskussionsprozess, in dem zum einen der</p> <p>Datenschutz aber auch die Notwendigkeit, Geldwäsche einzudämmen, debattiert werden.</p>	<p>könnten. Wir Freie Demokraten stehen daher für den Erhalt des Bargelds als ein Stück Freiheit.</p>
--	--	--	--	---	---